

Frühverrentung

Widerstand gegen verlängerte Altersteilzeit

Von Kerstin Schwenn



Aufstieg statt Ausstieg: Der Autohersteller BMW lockt ältere Mitarbeiter an die Sprossenwand

28. April 2009 Arbeitgeber und Ökonomen warnen vor neuen Wegen in die Frühverrentung, wie sie SPD und Gewerkschaften gehen wollen. Die SPD will in der Wirtschaftskrise die Möglichkeit der Altersteilzeit neu beleben und den Vorruhestandszuschuss der Bundesagentur für Arbeit, der eigentlich Ende dieses Jahres auslaufen soll, bis 2015 verlängern.

Auch die Gewerkschaften plädieren für eine Verlängerung der staatlich geförderten Altersteilzeit, wenn die frei werdenden Stellen mit Auszubildenden besetzt werden. Außerdem fordern die Gewerkschaften, wie der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske gerade formuliert hat, die Zahldauer des Arbeitslosengelds I auf zwei Jahre zu verlängern - zumindest für alle, die älter als 50 Jahre sind.

Demographisch der „reine Wahnsinn“

Die Revitalisierung der Altersteilzeit stößt indes auf großen Widerstand. „In einem Wahlkampf inmitten einer Wirtschaftskrise ist die Versuchung groß, Dinge zu beschließen, von denen alle Fachleute sagen, dass sie Unsinn sind“, sagte Axel-Börsch-Supan, Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), der F.A.Z. „Vor einer Ausdehnung der Altersteilzeit kann man nur warnen.“

In der Krise müsse die Politik sauber trennen zwischen Instrumenten, die kurzfristig hülften wie die Verlängerung der Kurzarbeit, und denen, die langfristig wirkten. „Und langfristig wäre es angesichts der demographischen Entwicklung reiner Wahnsinn, über die Altersteilzeit den Weg in die Frührente wieder zu erleichtern.“ Die Älteren würden, da die geburtenschwachen Jahrgänge bald auf den Arbeitsmarkt kämen, dringend gebraucht, um den Fachkräftebedarf zu decken. Dass in Krisen am Arbeitsmarkt zuerst die Älteren die Unternehmen verlassen sollten, sei ein „alter Fehlschluss“, warnte Börsch-Supan. In vielen Unternehmen sei die Altersbalance so aus den Fugen geraten; es fehle an Erfahrung.

Kein Profit für jüngere Arbeitnehmer

Zum Thema

- [Kommentar: Arbeit statt Rente](#)
- [Wirtschaftskrise: Die Angst um den Arbeitsplatz wächst](#)
- [SPD will Altersteilzeit verlängern](#)
- [Wenn der Chef die Trennung will](#)
- [Weniger Arbeit fürs Geld](#)

Auch die Arbeitgeber warnen vor neuen Subventionen der Frührente. Sie fürchten schon einen Richtungswechsel durch ein Überziehen der Kurzarbeiterregeln; etwa wenn ein Arbeitnehmer nach dem Bezug von Kurzarbeitergeld über zwei Jahre noch einen ebenso langen Aufenthalt in einer Transfergesellschaft anschließen könnte, dort das sogenannte Transfer-Kurzarbeitergeld bezöge und dann das Rentenalter erreicht hätte. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt: „Es muss darauf geachtet werden, dass keine neue Brücke zur teuren Frühverrentung gebaut wird. Transfergesellschaften können nur in Einzelfällen eine Lösung sein.“

Der Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Ulrich Walwei, nannte es „ein Ammenmärchen“, dass von einer Ausdehnung der Altersteilzeit und anderen Frühverrentungs-Instrumenten die Jüngeren profitierten. Dies sei in den Jahrzehnten, als der Staat den Vorruhestand zu Lasten der Sozialkassen stark gefördert habe, nicht geschehen. Vielmehr sei die Erwerbstätigkeit der Jüngeren - anders als es die Idee einer „Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und alt“ nahelegt - weniger stark gestiegen als in anderen Ländern.

„Hier wird ein mühsamer Prozess konterkariert“

Walwei nannte es ein völlig falsches Signal, den Vorruhestand länger als geplant zu fördern. „Das Signal wäre: Wir haben alles, was wir in den vergangenen Jahren gesagt haben, nicht so ernst gemeint.“ Diesen Rückschritt irgendwann zu revidieren, würde nach seiner Überzeugung viele Jahre kosten. „An der geplanten Abschaffung der Förderung muss die Regierung daher

festhalten.“ Die alte Frühverrentungsmentalität sei noch immer verbreitet. Verstärke die Regierung jetzt wieder solche Wege, womöglich sogar durch eine abermalige Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld I, würde der mühsame Prozess konterkariert, Unternehmen und Arbeitnehmer auf eine längere Beschäftigung vorzubereiten - etwa im Hinblick auf Weiterbildung und Gesundheitsvorsorge.

Wegen der hohen Belastung für die Sozialversicherungen hatte die Bundesregierung zu Beginn der neunziger Jahre das gesetzliche Rentenalter schrittweise wieder heraufgesetzt und Rentenabschläge für Vorruheständler eingeführt. Auch die rot-grünen Renten- und Arbeitsmarktreformen machten die Frühverrentung zunehmend unattraktiv. Um hohe finanzielle Einbußen zu vermeiden, schieben Arbeitnehmer den Rentenbeginn daher hinaus: Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung gehen Männer im Durchschnitt mit 63,1 Jahren in Ruhestand, Frauen mit 63,3 Jahren - rund ein halbes Jahr später als noch vor einigen Jahren. Die Erwerbsbeteiligung der 55 bis 64 Jahre alten Personen ist seit 2000 von 37,5 auf 48,5 Prozent 2006 gestiegen. Die große Koalition hat indes das Tor zur Frühverrentung wieder verbreitert, indem sie 2007 die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für Ältere wieder verlängerte.

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: F.A.Z./Jan Roeder

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2009.

Alle Rechte vorbehalten.

[Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben](#)



[Verlagsinformation](#)

[Mit dem FAZ.NET-Stromrechner können Sie sich Ihren persönlichen Stromtarif kostenlos berechnen lassen. Jetzt hier klicken und Stromtarife vergleichen.](#)

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2009

Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.